

«Unteriberg wird zur Zielscheibe»

Rheinmetall baut im Kanton Schwyz eine neue Produktionshalle.

Einheimische laufen Sturm dagegen. Sie fürchten um die Sicherheit ihrer Heimat, weil der deutsche Rüstungskonzern eng mit der Ukraine zusammenarbeitet.

Rafael Lutz

Der Düsseldorfer Konzern Rheinmetall sieht sich als «wichtigster rüstungs-industrieller Partner» der Regierung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Jetzt plant die Rheinmetall Air Defence AG, eine Tochterfirma des Düsseldorfer Mutterkonzerns, in der Schweiz weiter Fuss zu fassen. In Studen in der Gemeinde Unteriberg, Kanton Schwyz, will die Firma, die bisher Tests auf dem Ochsenboden im Sihltal durchgeführt hat, eine Produktionshalle bauen.

In der Wiege der Schweiz stösst das Projekt auf Ablehnung. Die Nachfahren der alten Eidgenossen organisieren sich in der Interessengemeinschaft «Frye Schwyzer». Sie haben Einsprache gegen das Baugesuch der deutschen Waffenschmiede erhoben. Befürchtet wird, dass die durch Rheinmetall in Unteriberg produzierten Waffen über Umwege in die Ukraine oder weitere Kriegsländer gelangen könnten, was gemäss Schweizer Kriegsmaterialgesetz untersagt ist.

«Querulatorisch», «trölerisch», «krude»

Die schillernde Figur des Schwyzer Widerstands heisst Josef Ender, ist IT-Unternehmer und hat in der Corona-Zeit als Massnahmenkritiker nationale Bekanntheit erlangt. «Rheinmetall entwickelt auf Schweizer Boden Waffen, die in bewaffneten Konflikten eingesetzt werden. Dies ist eine indirekte Unterstützung von Kriegsführenden und nicht mit der Neutralität der Schweiz vereinbar», sagt Ender, der 2021 in der SRF-«Arena» gegen Bundesrat Alain Berset in den Ring stieg.

Im Bau der Produktionshalle sieht er eine Gefahr für seine Heimat: «Damit wird Unteriberg zur Zielscheibe. Kriegsparteien greifen immer zuerst Betriebsstätten von Waffenfabriken an.» Der Ausbau des Rüstungskonzerns müsse genau unter die Lupe genommen werden. Sollte der Konflikt weiter eskalieren und sich in Richtung Westeuropa ausdehnen, könnten Unteriberg und der Kanton Schwyz ins Fadenkreuz geraten.

Das Vorgehen der «Frye Schwyzer» missfällt dem Rüstungsriesen aus Düsseldorf, der vor we-

nigen Tagen Stellung zur Einsprache bezogen hat. Das entsprechende Schreiben liegt der *Weltwoche* vor. In diesem holt Rheinmetall zum Gegenschlag aus. Die «Frye Schwyzer» wollten mit der Einsprache «einzig der schweizerischen Rüstungsindustrie und insbesondere der Rheinmetall Air Defence AG schaden», heisst

«Dies ist eine Unterstützung von Kriegsführenden und nicht mit der Neutralität der Schweiz vereinbar.»

es darin. «Querulatorisch» und «trölerisch» sei das, die Argumentation «krude», so die Düsseldorfer Waffenfabrik. Man behalte sich «ausdrücklich vor», «Schadenersatzansprüche gegen sämtliche Einsprecher» vorzunehmen, steht in der von CEO Oliver Dürr unterzeichneten Stellungnahme.

Das Geld für solch langwierige juristische Verfahren wäre zweifellos vorhanden. Seit dem russischen Überfall auf Kiew gehen die Aktien des deutschen Rüstungskonzerns durch die



«Frye Schwyzer»: Unternehmer Ender.

Decke. Lag der Kurs Anfang 2022 noch unter 100 Euro, hat er inzwischen mehr als 1400 Euro erreicht. 2024 unterzeichnete die Waffenschmiede ein «Memorandum of Understanding» mit Kiew. Damit soll der Ausbau der «strategischen Zusammenarbeit» nochmals vorangetrieben werden. Rheinmetall liefert schon heute zahlreiche Waffen in die Ukraine: Von Schützen- und Leopard-Panzern bis zu 35-mm-Gepard-Munition ist alles dabei.

Skeptische Politiker von links bis rechts

Was die Schweizer nicht zustande bringen, leben die Schwyzer vor: Im Herzen des Landes findet eine lebhafte Diskussion um die Neutralität und die Pläne von Rheinmetall statt. Mehrere politische Vorstösse haben den Regierungsrat und den Kantonsrat zuletzt in dieser Angelegenheit beschäftigt. Der Unteriberger SVP-Kantonsrat Adolf Fässler verlangte in einer kleinen Anfrage Rechenschaft hinsichtlich der Rechtsgrundlagen und Bewilligungen, die Rheinmetall für ihre Tätigkeiten in Studen hat.

Auf dem Spiel stehe nicht weniger als «die immerwährende Neutralität unseres Landes», so Fässler. Auch sozialdemokratische und grünliberale Kantonsräte stehen den Plänen von Rheinmetall skeptisch gegenüber. In einer Interpellation äusserten sie ebenso Bedenken hinsichtlich der Neutralität und thematisierten Umweltschutz- und Sicherheitsfragen.

Entspannt blickt Marcel Dettling, SVP-Präsident aus Oberiberg, dem bevorstehenden Bau entgegen. «Ich finde es gut, dass Rheinmetall investiert und Arbeitsplätze schafft.» Die Neutralität sieht er nicht tangiert. «Der Rheinmetall-Tochter ist es ohnehin nicht erlaubt, Waffen nach Kiew zu liefern.»

Weniger locker klingt Josef Ender, der vergangene Woche seine Replik zur Stellungnahme des deutschen Waffenkonzerns einreichte: «Man versucht, uns einzuschüchtern.» Aufgeben ist für ihn keine Option. «Mit den Waffen von Rheinmetall werden im Krieg Menschen getötet. Daran darf sich die Schweiz nicht beteiligen.»